

BESCHLUSSVORLAGE DER VERWALTUNG NR.: 058/2017

Bezeichnung des Tagesordnungspunkts		
Antrag der FDP-Fraktion vom 03.02.2017 zur Interkommunalen Schulentwicklung		
Datum 24.03.17	Geschäftszeichen FB 7 To	Beigef. Anlagen im einzelnen (mit Seitenzahl) Anlage 1 Antrag der FDP vom 03.02.2017
Federführender Fachbereich: Fachbereich 7 - Schule, Kultur, Sport		Beteiligte Fachbereiche:
Beratungsgremien	Beratungstermine	Zuständigkeit
Rat der Stadt Schwelm	30.03.2017	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine gemeinsame interkommunale Schulentwicklungsplanung mit den Städten Gevelsberg, Ennepetal, Sprockhövel und Wuppertal unter Beteiligung der Kreisverwaltung für die Sekundarstufe I zu prüfen.

Sachverhalt:

Der in der Sitzung des Schulausschusses am 14.02.2017 vorgelegte Antrag der FDP-Fraktion vom 03.02.2017 wurde im Schulausschuss unter TOP 9 beraten. Dort wurde beschlossen, dem Rat vorgenannten, modifizierten Beschlussvorschlag zur abschließenden Entscheidung vorzulegen. Dabei wurde in der Beratung der in Rede stehende Antrag der FDP-Fraktion als Ergänzungsantrag zum Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen (siehe Vorlage 017/2017) behandelt.

Inzwischen wurden die Schulverwaltungen der benachbarten Kommunen Ennepetal, Gevelsberg, Sprockhövel, Wuppertal sowie die Kreisverwaltung mit der Bitte um Mitteilung angeschrieben, ob dort grundsätzliches Interesse an der inhaltlichen und finanziellen Beteiligung einer interkommunalen Schulentwicklungsplanung besteht.

Ergebnis der Abfrage:

- Die Stadt Wuppertal verfügt nach eigener Aussage nicht über die erforderlichen Ressourcen für den Abstimmungsprozess und sieht aktuell zudem keinen Handlungsbedarf.
- Von der Stadt Sprockhövel ist bislang noch keine Rückkopplung erfolgt.
- Die Städte Gevelsberg und Ennepetal (Schulverwaltungen) sowie die Kreisverwaltung haben ebenso wie die Schwelmer Schulverwaltung ein hohes Interesse an der Fortführung der im vergangenen Jahr begonnenen Gespräche auf Fachebene. Ziel hierbei ist eine regional abgestimmte, lösungsorientierte Zusammenarbeit im Bereich des Schulangebots in der Sek I.

Dabei sollen die notwendigen Abstimmungen als fortlaufender Prozess gestaltet werden, praxisnah erfolgen sowie bedarfsorientiert in jeweils konkreten Ergebnissen münden.

Die Bildung eines weiteren formellen Arbeitskreises oder die Beauftragung von Externen zur Erstellung eines interkommunalen Schulentwicklungsplans stehen zum jetzigen Prozesszeitpunkt nicht im Fokus.

Die jeweiligen politischen Gremien werden über Ergebnisse und mögliche Maßnahmen entsprechend informiert.

Die Bürgermeisterin
gez. Grollmann